

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Fleisbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Racheisen-, u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Papper- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheinung wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 21 7 Blnhof 7650, 7651, 6240, Postk. Berlin 652 32.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsansagen nach Carl durch „Werba“, Berlin SW 11.

### Grundsätzlich neue Staatspolitik verpackter Gelegenheiten.

Jeder sollte endlich Bescheid wissen. Die verschiedene Auslegung fähige Wendung in der junkerlich-schneidigen Erklärungsgebung der Papen-Regierung über den „Wohlfahrtsstaat“ hat nunmehr reiflos ihre eindeutige Deutung erfahren. Der Wohlfahrtsstaat ist aufgelöst. Nicht für die, die nichts haben, aber für jene, die etwas haben. Wohlfahrt für alle Volkskreise, die mehr oder minder mit der „Präsidentenregierung“ sympathisieren — zumal diese Sympathie etwas einbringt —, vom simplen Hausbesitzer über die Herren der Schwerindustrie bis zu den mit dem Adelspräbikat geschmückten „feinen Leuten“ auf ihren verschuldeten Rittergütern. Nach den Herren von Esse, Schöl und Meißner sind jetzt die Großagrarier zum Liebesgabenempfang angefahren. Das schier unerhörliche Füllhorn der Papen-Gnade überschüttet sie durch Drosselung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, durch Zinslenkung und verstärkten Vollstreckungsschutz. Doch über diese Dinge reden wir weiter unten. Jedenfalls ist nunmehr der Liebesgabenkreis geschlossen. Leer und außerdem maßlos zertrübt gehen die Armen aus. Die Wohlfahrt ist ihnen genommen oder mindestens jämmerlich zerrupft. Die noch in Arbeit Stehenden werden „bewußtlos“ mit Lohn- und Gehaltsabbau. Und wer gegen diese Eingriffe ins armütliche Proletariat mit gewerkschaftlichen Waffen aufbegehrt, ist ein selbstschädlicher Rebell. So ungefähr sagte es am 24. September der Reichsarbeitsminister. Schönbe Selbstsucht ist eine Eigenschaft, die nur Proleten innewohnt. Junker, Schwerindustrie und Hausagrarier sind die uneigennützigsten Menschen der Welt...

In seinem Interview am dem genannten Tage sagte — wie von uns schon vorige Woche erwähnt — Dr. Schaeffer, ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der notverordnung Lohnkürzungen verstoße gegen die Friedenspflicht. Wir sind anderer Meinung. Nach unserer Ansicht dürfen Abwehrmaßnahmen gegen den notverordnung Lohnabbau im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze durch die Gewerkschaften sehr wohl unternommen werden. Doch da der Reichsarbeitsminister anderer Meinung ist, müßte die Arbeitsgerichtsbarkeit in diesem Streitfall endgültig entscheiden. Allerdings stehen wir schon seit Monaten Gerichtsurteilen sehr skeptisch gegenüber. Unser Glaube an Recht und Gerechtigkeit in Deutschland ist stark erschüttert...

In dem besagten Interview hat Herr Schaeffer aber noch mehr gesagt. Er war auch in das unbegrenzte Reich sentimentaler Gefühle gestiegen und hatte erklärt, er sei nicht geneigt zu glauben, daß eine erhebliche Anzahl Arbeiter, die noch einen Arbeitsplatz haben, einer geringen Lohnkürzung wegen „den darbenenden Arbeitslosen das Recht auf Arbeit und den Eintritt ins Arbeitsverhältnis verweigern wollen“. Besonders nobel ist es nicht, wenn Herr Schaeffer in dieser hallofen und durchsichtigen Weise die Arbeiter durch einanderzubringen sucht. Gerade die Gewerkschaften sind es, die schon seit langem und immer wieder — um das Erwerblosenseind abzumildern — auf eine generelle Kürzung der Wochenarbeitszeit auf vierzig Stunden gedrungen haben. Sie waren sogar im Gegensatz zu dem Antrag der italienischen Regierung an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes — der einen entsprechenden Lohnausgleich verlangte — bereit, diese Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich in Kauf zu nehmen. Kann es eine hochherzigere Klassen-solidarität geben? Findet so etwas in irgendeiner anderen Bevölkerungskategorie ein würdiges Seitenstück? Ach nein, Herr Reichsarbeitsminister, eine Neber-einstellung von Arbeitern werden die in Arbeit Stehenden stets begrüßen, aber wogegen sie sich

währen, das ist der Umstand, daß nunmehr die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundene Herabsetzung der Arbeitszeit außerhalb der noch zu einer besonderen Senkung des Tariflohnes führen soll! Ihr ohnehin schmales Einkommen soll in doppelter Weise eingeengt werden. Und weil die Arbeiter außerdem wissen, daß mit diesem weiteren Verfall der Kaufkraft die Verordnung vom 5. September vergebliche Liebesmüß, ein Schlag ins Wasser bedeutet, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung zur lauben Auf begründet und zum Ueberfluß auch das Tarifrecht stark gefährdet erscheint, deshalb wehren sie sich an vielen Arbeitsplätzen gegen eine solche beispiellose Vergewaltigung! Solidarität mit den Arbeitslosen ja, und zwar in weitestem Maße! Aber nicht in dieser unmöglichen Weise! Dafür haben auch die Arbeitslosen kein Verständnis.

Neben vorausgegangenen unzähligen anderen Kundgebungen und Maßnahmen der Regierungslente zeigt uns auch die hier kritisierte Äußerung Dr. Schaeffers, daß die Arbeiter und Angestellten von dieser mit Hilfe der Nazis in die Unmöglichkeit gekletterten Papen-Regierung keinerlei Verständnis für ihre Nöte zu erwarten haben. Der Kurs der Regierung neuer aus-gesprochenen Arbeitsschritt nach ist in seiner Auswirkung wirtschaftsfeindlich. Will man die deutsche Wirtschaft „ankurbeln“, dann ist Voraussetzung für die angeforderte Mehrproduktion auch den notwendigen verbeserten Absatzmarkt zu schaffen. Aber durch die weitere Schwächung der allgemeinen Kaufkraft wird er noch mehr beengt. Und nichts dürfte den Absatz deutscher Industrieerzeugnisse nach dem Auslande verhängnisvoller beeinträchtigen als die Zollpolitik der Papen-Regierung und neuerdings das Liebesgabenpaket für die Landjunker. Die in Aussicht genommene starke Beschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wirkt auf das daran interessierte Ausland unfreundlich und verlegen; nichts liegt näher, daß es durch den Boykott deutscher Industrieerzeugnisse Vergeltung übt. So ist unsere „grundsätzlich neue Staatsführung“ aus Lebenskräften

benutzt, in Deutschland breitesten Volksmassen, im Auslande allen vor den Kopf zu stoßen. Wie will man auf diese Weise eine Befriedigung der Weltwirtschaft herbeiführen, von der man ja ebenfalls behauptet, sie sei eines der unerlässlichsten Attribute zur Befestigung der Weltwirtschaftskrise?! Das Auslande blickt heute verwundert und misstrauisch denn je auf Deutschland. Es hört kraftgeschwollene Sätze über die Grenzen hallen, es sieht die verwirrten politischen Zustände in Deutschland, das mittelalterlich anmutende Streben nach dem alten Regime aus sabel-raffender Vorzeit, es beobachtet, daß Republikaner in der deutschen Republik sozuzagen zu Staatsbürgern vierter Klasse herabgedrückt werden, es erlebt merkwürdige deutsche Gerichtsurteile, es sieht, in welcher unerträglichen Weise die deutsche Pressefreiheit verkrüppelt wird, es bemerkt kopfschüttelnd, wie hierzulande zweifelhaftes Versuchungsexperimente, innerpolitische Abenteuer und verfehlte wirtschaftliche Experimente in krauem Runderbunt durcheinanderschwirren — wie will man angesichts solcher Zustände erwarten, daß im Auslande irgendein Vertrauen zu Deutschlands Zukunft oder gar freundschaftliche Zuneigung zu Deutschland entsteht? Das Gebot verpackter Gelegenheiten der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ kommt an zu sehr unzureichender Höhe. Die naturnotwendige Auswirkung ist, daß Deutschland in der Welt-politik wieder einmal mit feister Grandezza den Isolier-schemel besteigt, während sich die Beziehungen der Auslandsstaaten zueinander immer fester gestalten...

Deutschland befindet sich auf dem verhängnisvollen Wege zu einem politischen und wirtschaftlichen Scherbenhaufen. Möglich, daß wir etwas zu schwarz sehen. Leider läßt die große Allfälligkeit vorläufig andere Ausichten nicht zu. Eine Abkehr vom verhängnisvollen Pfad der verpackten Gelegenheiten wäre möglich, wenn sich die „grundsätzlich neue Staatsführung“ entschloße, Einkehr zu halten und einer grundsätzlichen Vernunftpolitik die Wege zu ebnen. Aber das hatten wir für ausgeschlossen. Folglich bleibt es beim Scherbenhaufen.

### Der regierungsamtliche Interessentenhaufen.

Die gegenwärtige Reichsregierung sieht nicht im Verdacht, von großem sozialpolitischem Willen besetzt zu sein. Um so stärker ist sie besetzt von der Wahnidee, die kapitalistisch gewordene „Initiative“ und den persönlichen Wagemut des freien Unternehmers“ durch Einprägung beträchtlicher Mengen goldigen, der großen Masse entzogenen Kapitals in die verfallenen, brüchigen Ädern der Privatwirtschaft, diese zu neuem Leben zu erwecken. Nach Herrn von Papen hat nun die Privatwirtschaft ihre letzte Chance. Wird diese nicht genutzt, dann sei endgültig das Ende der kapitalistischen Periode da. Der Privatwirtschaft zu Hilfe kommen — selbstverständlich auf Kosten des Volkes — darüber besteht völlige Einigkeit im Kabinett, nur über die einzelnen Wege nicht. Jedes Mitglied der Papen-Regierung möchte noch einen möglichst großen Extratrappen für die von ihm vertretenen Interessenten erschöpfen. Jedes Ressort hat sein, jede Gruppe ihr besonderes Stückenfordern. Die größte der Gruppen ist die der Junker; sie dient ausschließlich der Großlandwirtschaft und bildet autarkischen Wirtschaften. Ihr gegenüber steht der 30-Jarben-Mann Darmbold, der sich seinem Herkommen und seiner Auffassung noch nichtautarkischen Verbrennen völlig angeschlossen kann. Und Herrn von Schleichers höchstes Ziel ist Aufrüstung und Wehrhoheit.

Die beiden ersten Gruppen wollen wirtschaftlich Kurs auf Autarkie nehmen. Alle Warnungen prominenter Handelskammern und „ehrbarer Kaufleute“ verhallen ungehört. Heute haben wir autarkisierende Agrarprogramme und industrielle Wirtschaftsprogramme nebeneinander, so daß in der Gesamtmarktwirtschaftspolitik Deutschlands keine Logik mehr zu erkennen ist.

Als am letzten September-Sonntag der Reichswirtschaftsminister in Köln von der absoluten Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Handelsbeziehungen sprach, redete sein kollektives Kollege Freiherr von Braun in München autarkisch. In Köln wies der Wirtschaftsminister darauf hin, daß „nicht die gesamte Bevölkerung im Dienste des eigenen

Landes beschäftigt werden könne und deshalb die Arbeitsgelegenheit durch Leistungen für das Auslande vermehrt werden müsse. Es sei unmöglich, in einem dichtbevölkerten Lande ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschen Brot und Arbeit zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einzustellen versuchen würde!“ Trotzdem der Wirtschaftsminister Darmbold vor einem Bruch mit den großen Linien der Wirtschaftspolitik“ warnte, weil er „nichts anderes als eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit bedeuten“ würde, trotzdem wurde zur selben Stunde vom Reichsernährungsminister in München der Beginn dieses Bruches feierlich verkündet!

Herr von Braun sprach vor bayerischen Bauern. Seine Ausführungen wurden selbstverständlich ebenso wie die des Herrn von Papen vor den weiffälligen Bauern mit Begeisterung aufgenommen, kündigte doch der Freiherr den Bauern sehr ansehnliche Gaben an. Sie bestanden im wesentlichen aus den schon seit langem angekündigten Zugeständnissen, die Einfuhr zu kontingentieren, also der Landwirtschaft durch eine gewisse Verknappung der Lebensmittel die Möglichkeit zu geben, für ihre eigenen Produkte höhere Preise zu erzielen, und ferner in einem ziemlich weitgehenden finanziellen Zugeständnis. Hier handelt es sich um finanzielle Erleichterungen durch gefällig festgelegte Zinslenkung und -stundung. Der derzeitige Minister gegen die Ernährung und für die Landwirtschaft hat den Agrarier ferner Hilfe folgender Art zugesagt: Die langfristigen Hypotheken werden auf einen Zinssatz von 4% gesetzt. Damit werden die Gläubiger für landwirtschaftliche Kredite in ihrem Einkommen empfindlich geschädigt; sie büßen 2% ihrer Zinsen ein. Vorgezogen ist außerdem eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen. Die Preussische Zentralgenossenschaft soll zu diesem Zweck auf das Reich übergeführt werden und mit großen Mitteln ausgestattet werden. Alle diese Maßnahmen werden ausgeprochen, obgleich vorauszusetzen

ist, daß sie die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft in Frage zu stellen drohen. Die Landwirte erhalten vom Reich, außerdem einen sogenannten erweiterten Vollstreckungsschutz. Künftig kann kein Landwirt von seinen Gläubigern auf dem Wege der Zwangsvollstreckung gezwungen werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auch dieser Vollstreckungsschutz wird eingeführt — sogar im erweiterten Maße — entgegen den schlechten Erfahrungen mit dem Vollstreckungsschutz von 1930, der seinerzeit aufgehoben wurde, um die Kreditversorgung der Landwirtschaft nicht völlig zu gefährden.

Das für die Arbeiterschaft wichtigste an dem Obenpaket des Reichsernährungsministers ist die Einführung von Kontingenzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Schnittblumen, Obst, Trauben, Radieschenschiffen und Papierpflanz, Schlachtrinder, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Karpfen, Erbsen, Reisabfälle usw. sollen nur noch im Rahmen gewisser Mengen eingeführt werden können. Die Regierung will also dem Importeur das Recht nehmen, so viel von diesen Produkten einzuführen, wie es die Marktlage erfordert. Auch den Weg des Kontingenzsystems geht die Regierung gegen alle bessere wirtschaftliche Vernunft. Lediglich um Forderungen agrarischer Agitatoren zu erfüllen, aus keinem anderen Grund! Denn worum handelt es sich? Um etwa ein Dutzend Waren, deren Einfuhr insgesamt rund 400 Mill. Mark jährlich ausmacht, wovon nur die Hälfte auf die bisher schon kontingentierte Buttereinfuhr entfällt; also um ein Einfuhrverbot von etwa 80 bis 90 Millionen Mark. Um dieser 90 Millionen Mark willen riskiert die Reichsregierung mit befreundeten Staaten, die um das Vielfache dieses Betrages von Deutschland einführen, einen Handelskrieg! Im 90 Millionen Mark fassen die besten Kunden der deutschen Industrie im Ausland vergrößert und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Nachbarländern gestört werden! Das ist mehr Wirtschaft noch Politik! Zwar will die Regierung die Kontingente erst nach Verhandlungen mit den ausländischen Staaten festlegen. Das ändert aber nichts daran, daß die bisherige handelspolitische Verlassen werden soll, ein Schritt, dessen Folgen der Wirtschaftsminister derselben Reichsregierung als verhängnisvoll voraussieht. Ein Land wie Deutschland, das mit 25 Milliarden Mark Auslandsschulden belastet ist und von andern Völkern verlangt, diese Auslandsschulden in Form einer verstärkten Warenausfuhr abtragen zu können, kann nicht dazu übergehen, wenn es sich nicht selbst schaden will, die Einfuhr wichtiger Produkte auf ein willkürliches Maß zu beschränken. Die auswärtigen Staaten werden Gegenmaßnahmen ergreifen, und die Einfuhr deutscher Industriewaren, mit deren Herstellung der Großteil der deutschen Bevölkerung beschäftigt werden kann, wird noch weiter unterbunden werden.

Die neueste Wendung der amtlichen Wirtschaftspolitik ist nicht nur ein Schlag gegen die industrielle Bevölkerung, sondern überhaupt gegen alles, was nicht Großlandwirtschaft betreibt; auch gegen die Landwirtschaft allgemein. Sie kann und wird nicht blühen, wenn man die Abnehmer ihrer Erzeugnisse, die Arbeiter der Industrie und

des Handwerks die weltwirtschaftliche Arbeitsmöglichkeit einengt. Die großen „Wirtschaftsführer“ schweigen dazu. Dadurch, daß den Unternehmern selbst auch immer wieder etwas, und seien es auch nur problematische Vorteile geboten werden, und den Arbeitern der Lohn doppelt gekürzt wird, im Staatserwerb sowohl als auch im Realwert, erzeugt die Reichsregierung eine Stimmung in Unternehmernkreisen, die ihnen den Blick für das Gefahrendrohende, in das auch sie hineingeführt werden, vermerkt. Das Unternehmertum ist bürstigt, wenn es sozialpolitisch und wirtschaftlich rückwärts geht, wenn das Lohnkonto entlastet erscheint. Es sieht nicht, daß alle Ankerkurlenversuche der Gesamtwirtschaft von der Papen-Regierung selbst durch solche Programme wie das für die Landwirtschaft zunichte gemacht werden.

## Das ist der Faschismus!

„Der Faschismus hat aber außerdem jede Regung einer selbständigen Arbeiterbewegung in Italien radikal ausgerottet: es gibt heute weder eine Arbeiterpartei, noch Gewerkschaften, noch Genossenschaften. In dem Gewerkschaftersatz, den Mussolini nicht etwa für gewerkschaftliche Aufgaben, sondern ausschließlich zum Zweck der ökonomischen Beherrschung der Massen eingerichtet hat, besitzen die Arbeitnehmer keinerlei Recht und Einfluß. Die „Bonzen“, 12 000 an der Zahl, sind größtenteils beschäftigungslose Akademiker, die von der faschistischen Zentrale ernannt werden. Jeder Lohnkampf und Streik ist verboten und wird schwer bestraft. Wer nicht der faschistischen Organisation angehört, bekommt keine Arbeit.“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“.)

## So soll es nach dem Willen der deutschen Faschisten auch bei uns werden, wenn das „Dritte Reich“ der Nazis kommen würde.

Und auch hier der Hakenkreuz-Pferdespaß! Das landwirtschaftliche Hilfsprogramm ist die Verwirklichung einer der wichtigsten Forderungen, die die Nazis schon im „Völkische Beobachter“ schreibt, die „konzentrierten Angriffe der Nationalsozialistischen Partei hätten die gegenwärtige Regierung erst zu der Kontingenzierungspolitik gezwungen“. Aber die „Kontingenzierungsmaßnahmen seien noch völlig unzureichend!“ Wir haben hier also eine neue aufgelegte Wiederkehr bekannter politischer Vorgänge. Wie die ganze Papen-Regierung nicht ohne Hilfe möglich war, wie die Papen-Vorordnungen nicht möglich waren ohne Hilfe, so ist auch die verhängnisvolle Fortsetzung der Liebesgabenpolitik der Papen-Regierung für die Junker ohne Hilfe nicht möglich. Sie wird von Hilfe lebhaft begrüßt! Und jomaz nennt sich „Arbeiterpartei!“ Denkt daran am 6. November!

## Baunternehmer und Papen-Verordnung.

In der Korona der Unternehmer, die auf Grund der Vorordnungen vom 4. und 5. September 1932 durch Anschlag Lohnabzug diktiert zu dürfen vermeinen, fehlen natürlich auch nicht die Baunternehmer. Siehst sind solche Vorklässe aus einer ansehnlichen Reihe von Orten bekannt. In allen Fällen ist es wohl ausnahmslos bei der „guten Arbeit“ geblieben, weil sich unsere Kollegen selbstverständlich mit vollem Recht mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Das Recht ist zweifelsohne auf ihrer Seite, weil diese Vorordnung den Baunternehmern kein Recht gibt, im Baugewerbe in der genannten Art vorzugehen. Die Unmöglichkeit und Widersprüche in den Vorordnungen sind an anderer Stelle im „Grundstein“ aufgezeigt, weshalb wir hier nur auf einige besonders markante Entscheidungen hinweisen wollen. — Dieser Vorstoß der Unternehmer zeigt von einer ganz besonderen Sturpellosigkeit. Selbst wenn man vom Standpunkt der Unternehmer aus verfuhr, dieses Vorgehen zu begründen, stellt es dennoch eine ganz unehrerliche Produktion dar. In den Verträgen der Baunternehmer wurde früher mehr oder minder einseitig das Recht des Bauherrn festgelegt, die untere Grenze des Lohnes erreicht ist und man den Bauherrn wirklich keine weiteren Lohnabzüge mehr zumuten dürfe. Trotzdem benehnen heute Baunternehmer das ihnen von der Regierung Papen zugesandte Mittel, um erneut einen Vorstoß gegen die Bauarbeiterlöhne zu wagen. Die hierbei angewandten Mittel müßen oftmals besonders eigenartig an. So entlassen in manchen Orten Baunternehmer Leute für einen Tag, um sie am übernächsten Tag wieder einzustellen mit der Forderung, nunmehr zu einem niedrigeren Lohn zu arbeiten. In dem hier zur Besprechung stehenden Falle handelt es sich um eine Baustelle, die in Betrieb ist. Man kommt aber auch her und verlangt von den für vielleicht ein bis zwei Wochen eingestellten Bauarbeitern bei einem Schnellkurs zu bedeutenden Umbau, daß die vermehrte Einstellung von Bauarbeitern dem Unternehmer die Berechnung geben solle, den Lohn für alle Arbeiter zu kürzen. Von besonderer Bedeutung sind die Fälle, wo Unternehmer, die auf Grund der schlechten Verhältnisse im Baugewerbe nur wenige Arbeiter beschäftigen, bei Neueinstellung von ebenfalls nur wenigen Arbeitern wiederum eine Verdoppelung der Belegschaft erreichen und daraus das Recht ableiten, nunmehr für die 31. bis 40. Stunde den Lohn um 50 % für alle Arbeiter zu senken. Es gibt genügend Fälle, wo ein Unternehmer leider nur einen oder zwei Arbeiter beschäftigt und bei Mehrereinstellung von 2 oder 4 Arbeitern eine Belegschaftsvermehrung um 100 bis 200 % nachweisen kann. Wie sich solche Maßnahmen auswirken, möge nachstehendes Beispiel zeigen: In München beschlößte ein Baunternehmer am 15. August an einem Einfamilienhausneubau insgesamt 8 Arbeiter. Nach Bekanntwerden der Vorordnungen stellte er noch 2 Mann ein und kürzte dadurch den Lohn für die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 50 %. Diese Lohnkürzung macht je Mann und Woche durchschnittlich 4,50 M. aus. Wären nur die 8 Mann weiterbeschäftigt worden, dann hätte die Arbeit für sie noch 10 Wochen gedauert. Weil aber 2 Mann mehr eingestellt wurden, wird diese Arbeit bei Nichtverkürzung der Arbeitszeit in 8 Wochen fertig. Der Zarifshohn für die 8 Mann hätte in 10 Wochen 3450 M. betragen, während der gekürzte Lohn für 10 Arbeiter in acht Wochen 3036 M. ausmacht. Der Unternehmer berechnete sich

also auf Kosten der Arbeiter um 360 M. ohne dabei für Vermehrung der Arbeitsgelegenheit einen Finger gerührt zu haben. Nur die Kaufkraft dieser Arbeiter wird um 360 M. geschwächt, Umsatz und Produktion werden um diesen Betrag vermindert und die Arbeitslosigkeit vermehrt. Ähnlich dürfte es in 99 % aller Fälle im Baugewerbe liegen, so daß das Gegenteil von dem erreicht wird, was die Reichsregierung will. Andere Beispiele zeigen, wie rücksichtslos gewisse Baunternehmer vorgehen, um sich auf Kosten des Arbeiters besondere Einnahmen zu verschaffen und nebenbei noch den Bauauftraggeber zu schrecken, weil ja doch das Bauobjekt mit den karfischen Löhnen kalkuliert ist. Für alle Bauarbeiter gilt es deshalb, die Augen offen zu halten, um nicht nur sich selbst, sondern auch den Bauauftraggeber vor Schäden zu schützen!

## Vom „freiwilligen“ Arbeitsdienst.

Im „Reichsarbeitsblatt“ gibt Dr. von Funcke, einer der amtlichen Betreuer des freiwilligen Arbeitsdienstes, einen Rückblick über das „erste Jahr“. Bis zum 1. Juli d. J. sind im Reich insgesamt 5633 „Maßnahmen“ des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einer Beschäftigtenzahl von 166 286 Arbeitsdienstwilligen anerkannt worden. Bei zwei Landesarbeitsamtsbezirken wurden über hundert Maßnahmen durchgeführt, und zwar in Weiskalen 174, in Heßen 164. Alle anderen Bezirke haben bedeutend weniger Maßnahmen durchgeführt. Die geringste Zahl an Maßnahmen hat Pommern aufzuweisen. 1150 Maßnahmen = 20,4 % aller Arbeiten waren Zubereitungsarbeiten; 266 Maßnahmen (4,7 %) galten der Vorbereitung und Errichtung von Siedlungs- und Kleingartenland; rund 10 %, nämlich 599, waren Fortarbeiten; und 972 Maßnahmen = 17,3 % aller Arbeiten galten Verkehrsverbesserungen. 920 gleich 16,3 % aller Maßnahmen wurden als „volkswirtschaftlich wertvoll“ im Sinne des Artikels 18 der früheren Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 23. Juli 1931 bezeichnet, die Anspruch auf Unterstützung zu Siedlungszwecken haben. Von den Arbeiten zur Vorbereitung und Errichtung von Siedlungen, denen unter dem Gesichtspunkt einer Umfichtung der Bevölkerung besondere wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung zukommt, fallen wiederum die Hälfte auf landwirtschaftliche Siedlungen und vorstädtische Kleinledlungen. Auch weibliche Arbeitsdienstwillige fanden Beschäftigung, und zwar bei 247 Arbeiterinnen, bei denen es sich hauptsächlich handelte um Fürsorgemaßnahmen für Kinder und Hilfsbedürftige, um Instandsetzung von Wäldern und Bekleidungsständen, verbunden mit praktischen Näh- und Schneiderkursen für die arbeitslose weibliche Jugend, aber auch um Obst- und Gemüsebau in Gärten und Feldern.

Die Zahl der jeweils gleichzeitig beschäftigten Arbeitsdienstwilligen stieg von 108 Ende August 1931 auf 97 007 Ende Juli 1932. Diese Tatsache wird von Herrn von Funcke als Beweis für die „Wertbarkeit des Arbeitsdienstpflichtigenbankens“ in Deutschland ausgegeben. Wir sind der Meinung, daß die Erklärung jener Tatsache in erster Linie in der großen wirtschaftlichen Not zu suchen ist. Von den Arbeitsdienstwilligen, die als Mittel der Arbeitslosenversicherung, der Kräfteersatzorgane oder des Reiches „gefördert“ werden, waren fast zu jeder Zeit über die Hälfte Jugendliche unter 21 Jahren. Ueber die Hälfte

der Jugendlichen erhielten wegen ihres Alters keine Unterstützung, dafür aber entsprechend Artikel 5 der früheren Verordnung für den freiwilligen Arbeitsdienst eine Sonderförderung aus Reichsmitteln. Von den Arbeitsdienstwilligen war die große Mehrzahl bis einschließlich zehn Wochen, die Minderzahl aber zehn Wochen im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt.

Die Zahl der in den Monaten August 1931 bis Juli 1932 von den förderungsfähigen Arbeitsdienstwilligen geleisteten Tagewerke betrug insgesamt 6 320 382. Davon entfielen auf Bodenverbesserungen 1 648 842 = 24,1 % aller Tagewerke, auf Siedlungen und Kleingärten 780 848 = 11,2 %, auf Verkehrsverbesserungen 954 170 = 14 %, auf Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit 2 247 708 = 32,9 %, auf Fortarbeiten 427 567 und auf sonstige Maßnahmen 789 862 gleich zusammengekommen 17,8 %. Was sich unter „sonstige Maßnahmen“ verbirgt, darüber gibt der Aufsatz keinen Aufschluß, obgleich diese Maßnahmen zahlenmäßig die Zahl der Maßnahmen für Siedlungen und Kleingärten noch übersteifen. Bemerkenswert ist noch, daß die Zahl der Tagewerke ununterbrochen gestiegen ist. Für Bodenverbesserungen und Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland, für Verkehrsverbesserungen und Fortarbeiten wurden insgesamt 3 738 364 Tagewerke, also mehr als die Hälfte der Gesamtleistung, nämlich 55,5 %, aufgemendet. — Bei den Trägern der Arbeiten sind die öffentlich-rechtlichen Körperchaften mit über der Hälfte aller Maßnahmen an erster Stelle beteiligt. An zweiter Stelle kommen die Jugend- und Sportverbände mit 1391 Arbeiten gleich 24,7 % aller Arbeiten. Es folgen die Kirchen- und Wohlfahrtsverbände mit einer Beteiligung von fast 10 %. Öffentlich-rechtliche Körperchaften in Gemein-, fast mit privaten Genossenschaften, Meliorations-, Wasser-, Weid-, Vieh- und Feldvereinigungsorganisationen haben den freiwilligen Arbeitsdienst in 272 Fällen (4,3 %) in den Dienst der Landeskultur und der Volkswirtschaft gestellt. Gemeinnützige öffentliche und private Bau- und Siedlungsgenossenschaften sowie Kleingartenunternehmungen sind mit 177 Arbeiten (3,2 %) der ländlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinledlung und der Kleingartenwirtschaft als Träger aufgetreten. Bei 351 Maßnahmen (6,2 %) hatten Wirtschaftverbände der Unternehmung und Arbeiter, Heimatverbände und ähnliche Vereine als Träger die Arbeit übernommen. Als Träger des Dienstes sind weiterhin die je nach dem Zusammenhang verbundenen Gemeindefaßen zahlreich am stärksten beteiligt. Bei mehr als der Hälfte aller Maßnahmen (58,2 %) haben die großen Jugendbünde, die kirchlichen und karitativen Verbände mit den ihnen nahestehenden konfessionellen Jugendorganisationen, die Turn- und Sportvereine sowie die Wehrverbände die Arbeitsdienstwilligen aus eigenen arbeitslosen Mitgliedern gestellt. In über einem Drittel der Fälle (36,8 %) hatten die öffentlich-rechtlichen Körperchaften, insbesondere die Landkreise und Gemeinden, durch ihre Jugend- und Wohlfahrtsämter die Betreuung als Träger des Dienstes übernommen. Für den Rest hatten besondere Verbände zur Förderung des Arbeitsdienstgedankens, „Heimatwerk“, Technische Hochschulen, Ingenieurkassen und sonstige Organisationen bei 607 Arbeiten die Trägerrolle des Dienstes übernommen. Schließlich haben sich Siedlungs- und Kleingartenunternehmungen, Wasser- und Meliorationsgenossenschaften in 2,4 % sowie Wirtschaftverbände der Unternehmung 0,9 % aller Maßnahmen als Träger des Dienstes beteiligt.

In Zahlungen wurden als Träger des Dienstes Arbeitsdienst in den Monaten August 1931 bis Ende Juli 1932 insgesamt 12 958 124 M. aus Mitteln der Reichskasse und des Reiches geleistet. Als durchschnittlicher Förderungssatz für ein Arbeitsdiensttagewerk ergibt sich ein Betrag von 1,99 M., hierbei sind die Beiträge für die Krankenversicherung und für die Aufrechterhaltung der Anwartschaften in den Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherungen schon enthalten. Für die vom Februar dieses Jahres an geltend erstatten 294 417 Tagewerke für Wohlfahrtsdienstleistungen im freiwilligen Arbeitsdienst wurden bis zum Juli 1932 von den Bezirksfürsorgeverbänden 500 699 M. ausgegeben.

Der Verfasser schließt seinen Bericht mit der Hoffnung, daß der freiwillige Arbeitsdienst, befreit von den als besonders einengend empfundenen Fesseln, seinem Ziel, durch Arbeit die seelischen Schädigungen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Jugend zu Tucht, Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein zu erziehen, die Volksgemeinschaft zu erziehen, ein gutes Stück näher kommen wird. — Solche Eigenschaften, insbesondere Pflichtbewußtsein gegen die Volksgemeinschaft, anderen Gruppen unseres Volkes, vor allem den vermögenden Schichten beizubringen, wäre weit dringlicher.

## Keine Errichtung regulärer Hochbauten im FVd.

In einem Rundschreiben vom 9. August 1932 an seine Bezirkskommissar hat der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst erneut darauf hingewiesen, daß die Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst volkswirtschaftlich wertvoll sein müssen, d. h. sie müssen sich im volkswirtschaftlichen Sinne rentieren. Andersgeartete Arbeiten können nur dann in Betracht kommen, wenn volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten nicht bereitgestellt werden können. Als Arbeiten fallen in Betracht kommen: Meliorationen in jeglicher Form, Wasserregulierung, Mischbau bei Siedlungsbauten, Anlage von Verbindungswegen, Feld- und Waldwege, Kultivierung von Moor und Seide für den Ackerbau, Aufforstung von Oedlandbereichen. Dagegen müssen Arbeiten wie die Anlage von Sportplätzen, die Erweiterung von Schmandanlagen und dergleichen Ausnahmen bleiben. Auszuweisen haben z. B. Neubau von Land- und Wasserstraßen ebenso wie die Errichtung von regulären Hochbauten, die bei Durchführung im freien Arbeitsdienst zulässig sind, jedoch im FVd. nicht zulässig sind. Im übrigen eignen sich nur solche Arbeiten zur Förderung, wenn sie gemeinnützig und zugleich sind. Zugleich sind nur Arbeiten, die weder sehr niedrig sind, Zugleich sind nur Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes vorzunehmen werden können. Die Pflichtaufgaben öffentlicher Körperchaften rechnen nicht zu den zulässigen Arbeiten. Soweit ein Arbeit nach ihrer Beschaffenheit und ihrem Umfang über den sonstigen Voraussetzungen als Volkswirtschaft durchgeföhrt werden kann, darf sie nicht im freiwilligen Arbeitsdienst geföhrt werden. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen und darf auch keine Kräfte aus dem freien Arbeitsverhältnis an sich ziehen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 12. September 1932.

Table with 5 columns: Bezirksverband, Beschäftigte Bau- u. Gewerkschaften, Mittelbeschäftigte im Bau- u. Gewerkschaftsbereich, Arbeitslose (Anzahl, %), Die Woche vorher (%).

beim Landwirt Ramm wegen untertariflicher Entlohnung gesperrt.

Töpfer: gesperrt sind: In Ermittelschau die Firma Hejlinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Amtliche Lohnhebung im Baugewerbe.

Das Statistische Reichsamt hat für vier aufeinanderfolgende Wochen des Monats August 1932 eine Lohnhebung im Baugewerbe angeordnet, die die Berufsgruppen der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter erfassen soll.

Die Baudelegierten müssen im Interesse der Arbeiterschaft bei der amtlichen Lohnhebung mitwirken. Das Recht hierzu gibt ihnen § 3 der Verordnung vom 14. Juli 1927 zur Ausführung des Gesetzes betreffend Lohnkalkül.

Baudelegierte, Betriebsvertretungen! In eurem Interesse liegt es, daß die Fragebogen wahrheitsgemäß beantwortet werden.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: gesperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbiffau (Lübeck), Baustelle Gutshof Wisdoftsch bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabwärtens.



Aus dem Arbeitsrecht

Das Baugewerbe in der Rechtsprechung eines Landesarbeitsgerichts.

In einer Urteilsmeinung auf dem Wäckermarkt wird zum erstenmal die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Berlin seit seinem Bestehen behandelt. (Die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Berlin 1927 bis 1932.)

1930 108 S. 2828/29. — Ueber die Frage, wann der Bauarbeiterarbeitsvertrag und wann der Gemeindearbeitervertrag zuständig ist, geben auch Entscheidungen Auskunft.

Ein Urteil vom 13. April 1932 — 108 S. 124/32 — regelt die Abgrenzung zwischen Nacharbeit und Mehrarbeit. Nach § 4 Z. 2a des Reichsarbeitsvertrages und § 2 Z. 3 des Bezirksarbeitsvertrages für das Baugewerbe sind die Stunden von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens nur dann mit dem Nachzuschlag von 50 % zu bezahlen.

Die von der KPD. ausgehenden A.O.D.-Vereinigungen haben nicht den Charakter einer wirtschaftlichen Vereinigung und sind daher im Tarifvertrags- und Schlichtungsverfahren nicht zuständig.

Zahlung untertariflicher Löhne ist auch dann sittenwidriger Wettbewerb, wenn es durch unorganisierte Unternehmer geschieht.

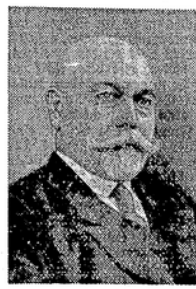
Das Landgericht Torgau verbot am 23. September auf Antrag des Bezirksarbeitsgeberverbandes für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen, des Arbeitsgeberverbandes für das Baugewerbe zu Wurzen i. Sa. und Umgebung sowie einer Anzahl Baumeister einem Bauunternehmer im Kreise Torgau durch einstweilige Verfügung bei Vermehrung einer vom Gericht beschlagnahmten Geld- oder Haftstrafe, seine im Freistaat Sachsen mit Bauarbeiten beschäftigten Arbeiter zu niedrigeren Sätzen zu entlohnen als den für allgemeinverbindlich erklärten Bezirksarbeitsvertrages für das Baugewerbe und der dazugehörigen Lohnregelung laut Schlichtungsbescheid.

Baugewerbe nicht Saisongewerbe.

Nach Erscheinen der Ausführungsverordnung vom 14. September 1932 zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung vom 5. September 1932 ist die Frage aufgeworfen, ob Bauunternehmer als Saisonbetriebe anzusehen sind.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Magdeburg (Julius Koch 65 Jahre alt). Einer der verdienstlichsten Kämpfer um die Befreiung der Arbeiterklasse und im besonderen um die Interessen der Bauarbeiter, Julius Koch, vollendet am Erscheinungstage dieser Nummer des „Grundstein“ sein 65. Lebensjahr.



Streifen der Kollegen und weit über den Bezirk Magdeburg hinaus sehr beliebt. Julius Koch hat auch in der politischen Bewegung immer seinen Mann gesteckt.

Aus den Baugewerkschaften

Berlin. (Hermann Wehrendt 75 Jahre alt). Einer unserer ältesten Kämpfer vollendet am 10. Oktober sein 75. Lebensjahr: Hermann Wehrendt, ein Bruder des früheren verdienten Vorsitzenden des Bauhilfsarbeiterverbandes und späteren selbstbetretenden Vorsitzenden des Baugewerksbundes, Gustav Wehrendt.



Käuser oder vermiete sie. Er bzw. überhaupt nur deshalb, weil sich bei ihm die Arbeiter zu geringeren Löhnen an-

strafe und Veröffentlichung des Urteils in drei Erlanger Tageszeitungen wegen unehrlichen Wettbewerbs. In der Ur-

man für jede Zusammenhandlung hohe Geldstrafen aus. Dem

# Politische Zeitnotizen

Scholz' Rundfunk rettet den Kapitalismus. Im Pro- gramm der Deutschen Welle sollte Kollege Wilhelm Eg- gert über „Die Gewerkschaften in der Krise“ einen Vortrag halten. Im letzten Augenblick wurde aber der Vortrag vom Programm abgelehnt. Angelehnt der geistigen Verfassung

die Macher des Moskabaalles nun wieder Ruhe, über die letzten Zeiten nachzugrübeln, als noch die „Sozial- veräcker“ Seering und Orjelski die Pressejourn hand-

„Hakenkreuz und Streik. Die Hakenkreuzler, die ihre „Volksämlichkeit“ schwinden fühlen, geben sich nunmehr vielfach als rabaufige Revolutionären. Sie sind mit ein-

Es wird weiter geheilt! Drei Wochen lang war die „Rote Fabrik“ verboten. Sie genießt die besondere Auf- merksamkeit der Papen-Regierung und könnte jetzt stille

Die Ernste. Nach einer Ueberflut des preussischen Innenministeriums über die Todesfälle bei politischen Aus- schreitungen vom Anfang dieses Jahres bis Ende August ist die Zahl der Todesfälle in den Monaten Juni und Juli stark

Ob Herr von Papen auch Herr Graf vertriebt? In einer Breslauer Ginkbombernversammlung, in der der Ver- treter „völkischer Belange“ einander in die Haare gerieten, erzählte der Vizepräsident des nach Hause geschickten

## Nun erst recht Werbearbeit!

Mehr denn je kommt es darauf an, den Bund stark und mächtig zu machen. Die Unternehmer nutzen die Not der Arbeiter aus. Lohndruck, Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen, unmensliche Steigerung der Arbeitsleistung, schlechte Behandlung der Arbeiter als Menschen, Herauskehren des Herr-im-Hause-Standpunktes, das ist ein

Bei den feinen Leuten. Die Nazis schimpfen sich Arbeiterpartei, obwohl sich in ihr Prinzen, Barone, Grafen und Generale ein Rendezvous geben. Und die Nazi-Führer sind von den feudalen Gewohnheiten dieser Kreise lo be-

Nur fester Zusammenhalt mildert die Not! Nichtbeachtung der Tarifverträge durch selbstver- schuldete Lohndrückerei, durch Akkord und längere Arbeitszeit, durch Mißachtung der Bestimmungen des Betriebsarbeitsgesetzes, der Arbeitsvermittlung, des Arbeiterschutzes sind eine Mißachtung der gewerk-



**Hand- und Kopfarbeiter!**  
Euer Kampf um ein auskömmlich Brot endet erst in der Genossenschaftskauf mehr denn je.  
Hinein in den Konsumverein!

neuer Aufstieg und neue Erfolge.

glichen Landtags Deputiert. Er sagte nach einem Bericht der rechtsstehenden „Radolfstädter Zeitung“, es stehe „heute ziemlich einmütig fest“, daß Hindenburg erklärt habe, er denke gar nicht daran, so lange er lebe, diesen „Anstreichergesellen aus Rindgen“ zum Reichskanzler zu bezeichnen. Deputiert schilderte dann die Vorgänge vom 13. August, als Hitler von Hindenburg unter ganz unwürdigen Umständen empfangen und ebenfalls ganz unwürdig behandelt worden sei. Und dann erzählte er von der Pleite. Die Parteikassen der Ortsgruppen seien leer. Die Kapitalisten zahlten nichts mehr, und die G.A. gingen teilweise mit leerem Magen in den Wahlkampf. Das ist ja geradezu erschütternd!

Nazi-Kaßensammer. Uchermittwoch, d. h. der Tag nach den Reichstagswahlen, ist noch nicht da. Aber die Nazis wissen, daß sie und ihr pathologischer Halbgoth den Rubikon überschritten haben. Ernsthaft Verluste dieser Strauchritterpartei werden überall als sicher angesehen, nicht zuletzt in den Reihen der Nazis selbst. Mancher von ihnen „Volksvertreter“ wird mit seinen Wärenstücken nicht mehr den Sitzungsaal des Reichstagsgebäudes betreten. Auch Reichspräsident Göring hat nach einem Bericht der „Allgemeinen Ehrlich'schen Landeszeitung“ in einer Wahlkündigung erklärt, es sei ihm möglich, daß bei der Neuwahl des Reichstages Hunderttausende von Nationalsozialisten abstimmen. — So wird es auch kommen. Hier heißt es, feste nachhaken! Wieder mit Hitler! Wieder mit Papen!

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Die Gemeindevorstände in Rodensleben, Kreis Wolmirstedt, brachten der Sozialdemokratie einen starken Stimmengewinn. Die Nazis erlitten schwere Niederlagen. Die Sozialdemokraten erhielten 370 Stimmen (letzte Reichstagswahl 277), Nationalsozialisten 188 (378), die vereinigten bürgerlichen Parteien 138 (79). Spaltung der Spalter. Nach Ströbel, Anna Siemsen, Zweibring und Kleinert ist nun auch der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (S.D.P.), der frühere Reichstagsabgeordnete Ziegler, Breslau, aus ihr ausgetreten.

### Allgemeine Rundschau

Die neuen Freunde des Schlichtungswesens. Der derzeitige Reichsarbeitsminister Dr. Schaeffer sprach auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften davon, daß sich aus der Durchführung der neuen Verordnungen die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues des Schlichtungswesens ergeben könne. Wenn man weiß, wie das Unternehmertum seit Jahren gegen das System der staatlichen Schlichtung gemüht hat, und diese Regierung die Erfüllung der Unternehmerwünsche bei ihrem Antritt verspricht, dann findet man eine derartige Umkehrung schwer begreiflich. Der „Deutsche Volkswirt“ findet den Wandel in den Anschauungen einer Regierung sehr befremdend, um dann folgendermaßen fortzufahren: „Hat Herr von Papen und haben seine Mitarbeiter sich von der Täuschung freigemacht, daß die Zwangsschlichtung eine staatspolitische Liebhaberei von Dilettanten und Bürokraten sei, haben sie erkannt, daß es eine schwere, aber vom Schicksal gestellte Aufgabe des deutschen Staates ist, die Verantwortung für die Lohnhöhe in weitem Umfang zu übernehmen? Sie müssen doch wohl gesehen haben, daß sie ihr eigenes Rettungsprogramm noch nicht einmal auf dem Papier hätten aufstellen können, wenn

der Aufgabe bringt erhöhte Ansprüche an die Leistungen der Arbeiterschaft mit sich, die nur dann befriedigt werden können, wenn auf der Lohnseite ein Äquivalenz steht. In diesem Augenblick wirkt sich eine starke Lohnsenkung, die naturgemäß große Unruhe in den Betrieben hineinträgt, um wieviel sich aus dem Gipfel des Widerspruches erreicht das System kann, wenn der Betrieb aus öffentlichen Mitteln aufrichtig erlöst.“

Ein neues Gewerkschafts-Bild. Krefelder Textilarbeiter haben ein in Seide gewebtes, sehr naturgetreu wirkendes Bild von Carl Goerding angefertigt, das mit faßlichster, ebenfalls in Seide gewebter Unterfertigung versehen, einen fehr gefälligen Eindruck von der Person dieses Mannes vermittelt. Ortsansätze und andere Verwaltungstellen der Organisationen der Eifern Front erhalten 100 Gewerkschaften für 38 M. Der Einzelverkaufspreis soll 50 S je Stück nicht übersteigen. — Wegen Zufindung eines Masters und bei Befestigung werden man sich an: Deutscher Textilarbeiterverband, Krefeld, Nordwall 125.

Weiterbildung für Facharbeiter und Parlier in Groß-Samburg. In der Staatlichen Gewerkschule VI, Berufsschule für das Baugewerbe Hamburg, belichen im Rahmen der freiwilligen Abendkurse Kurse zur Weiterbildung für Oeclen und Parlier. Es ist beabsichtigt, in diesem Jahre einen weiteren Kursus einzurichten. Der Kursus erstreckt sich auf 4 Semester mit wöchentlich 10 Abendstunden. Lehrfächer sind: Gewerliches Rechnen, Kalkulation, Buchführung, Deutsch und Geschäftskunde, Arbeitsrecht und Versicherungsrecht, Festigkeitslehre, Baustofflehre, physikalische Grundgesetze und Baumaßnahmen, Baukonstruktionen (Zeichnen und Vortrag), Bauführung. Voraussetzung für das Zustandekommen des Kursus ist, daß sich mindestens 20 Teilnehmer (Maurer, Zimmerer, Betonbauer, Steinseher sowie Steinmehrer), die eine fünfjährige Baupraxis nachweisen können, melden. Das Schulgeld beträgt je Halbjahr 32 M und muß bei der Anmeldung bezahlt werden. Außerdem ist eine einmalige Aufnahmegebühr von 2 M zu entrichten. Minderbemittelten sowie Erwerbslosen kann das Schulgeld teilweise oder ganz erlassen werden. — Anmeldungen werden im Schulgebäude Hamburg, Steinortplatz, I. Stock, Zimmer 25a, Montags bis Freitags von 10 bis 22. Oktober zwischen 18 und 20 Uhr entgegengenommen.

Von den Naturfreunden. Die naturkundliche Abteilung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ veranstaltet in der Geschäftsstelle Berlin N. Johannistrafte 14/15, eine Ausstellung „Herbst“ und „Rittersdorf“. Gezeigt werden Photos, Zeichnungen, lebendes und totes Material aus der herbstlichen Natur. Geologische Fundstücke und Bilder führen in die Jahrtausende alten Schichten der Erdrinde. Die Ausstellung ist vom 8. bis 23. Oktober, täglich von 10 bis 21 Uhr (Sonntags von 10 bis 18 Uhr), geöffnet. Außerdem ist am 18. Oktober eine Pilgerwanderung nach Bernau (Abfahrt 8.22 und 8.42 Uhr Scharfener Bahnhof) und am 23. Oktober eine geologische Wanderung nach Rittersdorf (Abfahrt 8.26 Uhr Schleif. Bahnhof).

### Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Werbe- und Bildungsprogramm 1932/33. Vom Bundesvorstand ist für Versammlungen vor der Reichstagswahl eine Vortragsdisposition „Kampf dem Kapitalismus und der Reaktion“, herausgegeben worden. Sie ist den Baugewerkschaften, die sich für die Durchführung des Werbe- und Bildungsprogramms im Winter 1932/33 entschieden haben, ohne Aufforderung in zwei Stücken zugesellt worden. Baugewerkschaften, die sie außerdem noch erhalten wollen, haben sie unter Angabe des Titels vom Bundesvorstand anzufordern.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.	
Bamberg, Nikolaus Gallenz, Hilfsarbeiter, 45 Jahre.	
Bernhard Hahn, Einrichter, 43 Jahre alt.	
Josef Müller, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt.	
(Gumbelshelm.) Johann Wolf, Maurer, 57 Jahre.	
Bunglau, (Raumburg.) Hermann Hansch, Töpfer, 71 J.	
Dresden. Josef Pelant, Feuerungsmaurer, 57 Jahre.	
Güstrow. Karl Knabe, Maurer, 74 Jahre alt.	
Kassel. (Wolferhausen.) W. Freudenstein, 5. u. 7. u. 70 J.	
Richard Stützel, Maurer, 51 Jahre alt.	
Leipzig. Paul Weber, Altpfahl-Hilfsarbeiter, 44 Jahre.	
Mainz. (Bechenheim.) Johann Weitz, M., 52 Jahre.	
Mannheim. (Freudenheim.) Karl Schaaf, M., 50 Jahre.	
(Eppelheim.) Peter Wittmann, Maurer, 68 Jahre.	
Marienwerder. Bernh. Kerber, Zementfacharb., 63 J.	
Meißen. Ferdinand Schumann, Töpfer, 58 Jahre.	
München. Anon Buchner, Maurer, 60 Jahre alt.	
Richard Frey, Maurer, 59 Jahre alt.	
Johann Gangershofer, Hilfsarbeiter, 55 Jahre.	
Otto Creubl, Töpfer, 58 Jahre alt.	
Oppeln. Michael Kowalczyk, Maurer, 43 Jahre alt.	
Stettin. Richard Buhm, Maurer, 72 Jahre alt.	
Gustav Bolz, Zementfacharbeiter, 42 Jahre alt.	
(Limbang.) Ernst Ludwig, Maurer, 54 Jahre alt.	
Torgau. (Dommitzsch.) Karl Linke, Zimmerer, 40 J.	
Weißensee. Karl Fleischer, Maurer, 59 Jahre alt.	
Wiesbaden. (Marob.) Ludwig Schreier, M., 82 J.	
(Bredelshelm.) Heinrich Sperle I., M., 75 Jahre.	
Ehre ihrem Andenken!	

### Wer untern Bund härkt, härkt sich selbst!

Für die Woche vom 2. bis 8. Oktober ist der 41. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

nicht die früheren Nachkriegsregierungen dafür gesorgt hätten, daß ein solcher Apparat vorhanden sei. Ist sich die Regierung Papen wirklich ganz der Tragweite dessen bewußt, was das Kabinetsmitglied Schaeffer vor den christlichen Gewerkschaften erklärt hat, dann wird sie vielleicht auch andere Zwangsmittel im Staatsleben der Nachkriegszeit entdecken, die sich ihr vorerst noch 3 Q. hinter Begriffe wie „Parlamentarismus“ oder „Parlamentarismus“ verbergen. — Schon mancher hat gelauscht, mit einem fehrstreich wichtige Institutionen des sozialen Lebens beiseite zu können, um dann hinterher einzusehen, daß dies unmöglich ist. Sichtlich des Schlichtungswesens scheint die Papen-Regierung bereits umgelegt zu haben. Sie wird es wahrscheinlich auch noch bei anderen Dingen tun müssen.

Die unwirtschaftlichen Anordnungen. Auch in bürgerlichen Zeitungen lauten gegen die Anordnungen vom 4. und 5. November Bedenken auf. So sagt in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 483, eine Persönlichkeit, die durch ihre Stellung über eine genaue Kenntnis der Meinungen der Unternehmer und Arbeiter verfügt, folgendes: „Der stärkste Einwand gegen die Tarifverordnung liegt in ihrer unsozialen Tendenz, die zugleich unwirtschaftlich ist. Das jahrelang geforderte Prinzip des Leistungslohnes wird umgekehrt. Jeder gesunde Entwicklung entspricht es, daß der leistungsfähigsten Betriebe die höchsten Löhne zahlen, während es jetzt die Regel werden soll, daß sie ihre Arbeiter am niedrigsten entlohnen. So hat man die Auflockerung der Tarifverträge gefordert, nur deshalb, um schwächeren Werken die Möglichkeit zu geben, mit ihrer Belegschaft einen Lohn zu vereinbaren, der die Erhaltung der Produktionsstätte ermöglicht. Jetzt aber wird der Unternehmer veranlaßt, seinen Arbeitern gerade dann eine um so größere Lohnsenkung zuzumuten, je mehr Aufträge er erhält und je leistungsfähiger er wird... Das neue System ist unsozial und unwirtschaftlich. Wenn jede Vermehrung

### Bücher u. Schriften

Das Baupapier und seine Gefahren. Eine unabhängige Kritik von Hans-Joachim Kuhn. Verlag Jakob Krauß, Karlsruhe-Heiden, Badstraße 10. — Die Schrift ist ein beachtlicher Beitrag zu dem immerhin zeitgemäßen Problem des Baupapiers. Der Verfasser läßt Kritik an dem System, die das kollektive Sparen in Höchstlohn bringen können und legt den inneren Gehalt des Baupapiermarktes auf. In einer ganzen Reihe von Nebenbeispielen wird gezeigt, unter welchen Bedingungen man bei den bekannteren privaten und bei den öffentlichen Baupapierfirmen sparen kann.

Internationales Handbuchs des Gewerkschaftswesens (2-8). Verlag Dietz und Dietrich, Berlin SW 48, Friedrichstr. 239. — Mit der 9. Lieferung ist dies große Werk nun abgeschlossen. Diese Lieferung enthält neben den Alphabeten einen Abschnitt über den allgemeinen Ergänzungsausschuss über den Zusammenhang der Gewerkschaften mit Staat und Politik. Es soll eine Ergänzung sein zu den bisher bearbeiteten Fragen und zeigt noch einmal die einzelnen Richtungen der Gewerkschaften und ihre Stellung zum Staat auf. Ein weiterer höchst wichtiger Abschnitt über die Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich stellt noch einmal die gesamte Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit besonderer Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Fröhlings dar.

Die Pflicht zu handeln. Wortführer zur Lösung des Arbeitslosenproblems. Von Carl Dietz. Verlag Deutsche Bau-Verlags-Gesellschaft, Buenos Aires, Calle Corrientes 672. — Von den zahlreichen Büchern zur Lösung des Arbeitslosenproblems ist dies eines, das neben weniger wertvollen, auch einige beachtenswerte enthält, die wertvoll sind.

Die Hauswirtschaft. Preis 80 S. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des NAB, Berlin NW 7, Sültestraße 58-59. Die Broschüre behandelt die Lehre vom richtigen Wohnen, Unternehmungen und Wirtschaftsprüfung haben ergeben, daß das Wohnen im Durchschnittsmaßstab, in dem die Masse zu Hause gemacht wird, einen Arbeitsaufwand von mindestens etwa 10-12 Prozent der gesamten hauswirtschaftlichen Arbeitskraft ausmacht. Die Broschüre zeigt Wege zur Verminderung dieser Last.



### Gewaltige Mengen Waren würden enorm billig erworben! Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint. Bestellen Sie also in Ihrem Interesse sofort. Nägeln an jeden Verkäufer vor jedem Käufer bis 30. Oktober 1932, bis 30. Oktober 1932, keine Abgabe an Lieferanten.

- |                          |   |     |
|--------------------------|---|-----|
| 10                       | Angebleicht. Baumwolltuch, solbde Sorte, guten Beuten, 75 cm, per Meter   | -15 |
| 11                       | Angebleicht. Baumwolltuch, besonders solbde, ziemlich dichtgewebte Sorte, 75 cm, per Meter  | -21 |
| 12                       | Angebleicht. Baumwolltuch, prima, fast unverwundlich im Gebrauch, 78 cm, per Meter  | -23 |
| 13                       | Weißes Semdentuch, solbde Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter   | -17 |
| 14                       | Weißes Semdentuch, sehr solbde, ziemlich dicke Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter  | -23 |
| 15                       | Weißes Semdentuch, ganz hochsolbde, hochglanzglänzend, weiß gebleicht, für sehr gute Wäschebedeutung geeignet, 80 cm, per Meter   | -27 |
| 16                       | Semdentuch, besonders reichhaltige, gute Sorte, garantiert einfarbig, 75 cm, per Meter  | -26 |
| 17                       | Semdentuch, sehr solbde und haltbar, 70 cm, per Meter   | -26 |
| 18                       | Tafeltuch, weiß gebleicht, 30x30 cm, per 1/2 Dutzend  | -50 |
| 19                       | Müchtücher, gute, haltbare Qualität, 45x45 cm, per 1/2 Dutzend  | -50 |
| 20                       | Großreißhandtücher, aus gutem Kremlstoff, mit hübschen eingewebten Mustern, 40x80 cm, per Stück   | -29 |
| Sonderer Kundnahmepreis! |   |     |
| 21                       | Weißes Semdentuch, gute, besonders solbde, mittelstarke, hochglanzglänzende Qualität, jedoch mitunter mit kleinen unbedeutenden Flecken versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist solbde für gute, besonders solbde, sehr haltbare, fröhliche Wäsche zu verwenden, 70 cm, per Meter | -21 |

Verlang erfolgt per Nachnahme per RML 20.- an portofreie Lieferung von RML 20.- an. Meine Garantie: Bei Durch sofortige Zurücknahme jeder Ware aus meine Rollen und sofortige Zurückzahlung des vollen eingezahlten Betrags.

Josef Will, Weiden 54 (Opf.) Großes Webwaren-Spezialhandlung der drei Europas, mit eigenen Webwarenfabriken, mit eigenem Aufarbeitungsbetrieb 4000 Arbeiter und Angestellte.

**100x BIOX-ULTRA ZAHNPASTA-50,8**  
Mit kleiner kleinen Tube zu 50 Flg. können Sie mehr als 100 x Ihre Zahnbürsten putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und also hart wird.

**Ueber 100000 Familien**  
bedienen sich täglich mit unserer billigen Zahnpasta.

1.2. Preisliste  
Kaufmann, Schillingstr. 11  
4.50

Verlangen Sie Proben des neuen revolutionären Zahnpastafabrikanten. Geben Sie Namen und Adresse an. **Deutscher Zahnpastafabrikant**, Schillingstr. 11, Weiden, P. 67

**Gummiswaren**, hygien. Artikel, Preis: G 1 gr., „Medicus“ Berlin SW 61, Alle Jacobsstr. 8

**ALLES BILLIGER!** Werzeuge, Liegen, Westfalia-Werkzeug Co. Hagen 103 1. W.

**„Das Bauwerk“**

**Betten** Schlafentz. Kinder- u. Polster, Chaisen, aus Leder, Weiss. Kasten, etc. Eisen-Verstellbar (Schl. 175)

**Realste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern**  
von der Gans gerupft, mit Daunen dopp. gereinigt, Pfd. 2.-, allerb. Qualität 2.-, kleine Federn (Halbdaunen) 4.-, 1/2 Daunen 5.- u. 6.-, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.25 u. 4.25, hochpr. 5.25, allerb. 6.50, 1a Vollaunen 8.- u. 9.-, für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Mantelberg**, Gänsefedernm., Neutrebbin 3b (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruches, gegr. 1852.